



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner
Katharina Toparkus

Mail
toparkus@muenchen.ihk.de

Telefon
089 5116-1227

Datum
22.02.2021

BIHK-Umfrage: Verschärfte Einreiseregeln belasten bayerische Unternehmen

Auswirkungen reichen von Lieferverzögerungen bis zu Betriebsstilllegungen und Kündigungen

München – Die seit einer Woche geltenden strikten Einreisebeschränkungen an den bayerischen Grenzen zu Tschechien und Tirol belasten die Wirtschaft stark. Fast die Hälfte der befragten Unternehmen (47 Prozent) gab in einer Umfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK) an, negative Auswirkungen der Grenzkontrollen zu spüren. In den Grenzregionen waren es sogar 59 Prozent der Betriebe.

„Die Einreisebeschränkungen sind Sand im Getriebe unserer eng vernetzten Wirtschaftsräume. Die Unternehmen in Bayern, Tschechien und Tirol sind auf den reibungslosen Austausch von Waren, Dienstleistungen und Mitarbeitern angewiesen. Tirol spielt dazu eine herausragende Rolle als Transitland für unseren Güterverkehr mit Italien“ sagt BIHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl. „Die Einschränkungen und Testpflichten stellen eine zeitliche, logistische und auch finanzielle Belastung in einer ohnehin schwierigen Zeit dar“, unterstreicht Gößl. Der BIHK-Chef fordert deutlich schnellere Tests für Fahrer und Pendler an den Grenzen sowie ‚Fast Lanes‘ für den Waren- und Transitverkehr.

Besonders stark sind die Auswirkungen der Grenzkontrollen in den Sparten Logistik/Verkehr (78 Prozent der befragten Unternehmen aus dieser Branche gaben dies an), Industrie (55 Prozent) und Baugewerbe (52 Prozent). Die Unternehmen leiden am meisten unter zusätzlichen Kosten und erhöhtem Zeitaufwand für die geforderten Coronatests und Wartezeiten an den Grenzen (66 Prozent der Befragten) sowie an Verzögerungen in der Lieferkette (62 Prozent). Ein Drittel der befragten Unternehmen kann seine Dienstleistungen nicht mehr grenzüberschreitend erbringen.

Über ein Viertel (27 Prozent) aller befragten Unternehmen gibt an, dass Grenzpendler nicht mehr zur Arbeit kommen. In den Grenzregionen steigt dieser Wert auf 40 Prozent. Fast jedes zehnte befragte Unternehmen berichtet von vollständigen oder teilweisen Betriebsschließungen in Folge der verschärfen Einreiseregeln. Sechs Prozent der befragten Unternehmen sagen, dass Grenzpendler wegen des hohen Aufwands für den Grenzübertritt oder wegen der Einreiseverbote für nicht system-relevante Tätigkeiten ihre Arbeitsverträge gekündigt haben.